

Die SPD im Herbst 2006 – unterschiedliche linke Sichtweisen auf die Sozialdemokratie

Die SPD und die große Koalition

Knapp ein Jahr nach Bildung der großen Koalition bleibt die SPD in der Wählergunst auf niedrigem Niveau. Es scheint so, als ob sie sich um die 30-Prozentmarke einpegelt. Zwar konnten sich die Sozialdemokraten im Oktober 2006 erstmals bei einer Umfrage seit der Bundestagswahl 2002 mit 33 Prozent vor der Union (30 Prozent) platzieren¹, dies dürfte aber nur eine Momentaufnahme sein, die sich schnell wieder ändern kann.

Auf beide Parteien wirkt sich aus, dass die große Koalition bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich an Vertrauen verloren hat.² Es gibt aber keine Stimmung für Neuwahlen. Andere Konstellationen sind noch weniger gefragt. Hier ist allerdings zu beachten, dass wir es beim Wählerverhalten nach wie vor mit einem deutlichen Ost-West-Unterschied zu tun haben. Insgesamt aber schlägt die Stimmung in der Bevölkerung in eine gewisse Resignation um. Es dominiert ein Rückzug aus dem parlamentarisch-politischen Raum.

Die große Koalition hat es nach einer anfänglichen Euphorie nicht vermocht, sich wirklich in der Bevölkerung eine politische Legitimation zu verschaffen. Sie vermag gegenwärtig nicht, ihren Projekten (Gesundheitsreform, Steuersenkungen für Unternehmen u. a.) eine überzeugende Sinnhaftigkeit zu verleihen.

Die SPD bleibt Gefangene der großen Koalition. Sie konnte auch nicht von den Auseinandersetzungen in der Union profitieren. Der Forsa-Chef Güllner attestiert der SPD sogar eine „existenzielle Krise“. Klaus-Peter Schöppner meint, die SPD habe ihren Markenkern in der Sozialpolitik und als Friedenspartei verloren. Es sind vor allem drei Faktoren, die den großen Frust über beide große Volksparteien ausmachen:

1. Die beiden Parteien sind primär mit inneren Richtungsstreitigkeiten beschäftigt.
2. Die Basen von CDU und SPD stehen der großen Koalition nach wie vor ablehnend gegenüber. Sie fragen jeweils nach dem christdemokratischen bzw. dem sozialdemokratischen Profil.
3. Die Euphorie über das politisch Neue ist schnell umgeschlagen in das Banale des politischen Alltags.³

Gegenwärtig wird in den Medien weniger über Annäherungen der SPD an die Union geredet als über die „Sozialdemokratisierung der CDU“. Die Debatten in der CDU deuten auch in dieser Partei auf eine tiefe Verunsicherung über die weitere Strategie. Hier geht es letztlich um die Frage, ob ein „strammer“ neoliberaler Kurs (Leipziger Parteitagebeschlüsse) oder ein moderaterer gefahren werden soll. Offenbar hat das schlechte Wahlergebnis bei der Union

¹ Infratest-dimap für ARD und Tagesspiegel, in: Der Tagesspiegel vom 06.10.2006.

² Gegenwärtig sind 29 Prozent mit der Leistung der großen Koalition zufrieden, ein Plus von 7 Punkten zum Vormonat, aber dennoch recht wenig. Rund ein Jahr nach der Bundestagswahl zieht rund die Hälfte der damaligen Wähler eine negative Bilanz: 53 Prozent sind enttäuscht von der Partei, der sie im September 2005 ihre Stimme gaben. Einzig die FDP-Wähler sind mit ihrer Partei mehrheitlich zufrieden, bei den Wählern der beiden Volksparteien wurden dagegen die Erwartungen eher enttäuscht. Am stärksten ist der Unmut in den Reihen der Sozialdemokraten: Zwei Drittel (67 Prozent) der damaligen SPD-Wähler hadern mit ihrer Partei, lediglich 17 Prozent von ihnen ziehen ein positives Fazit. Vgl. ebenda, S. 11.

³ Peter Dausend, Der große Frust, in: Die Welt vom 16. 08.2006.

doch tiefe Nachwirkungen hinterlassen. Beide Volksparteien müssen politisch eine Antwort darauf finden, dass die Mehrheit der Bevölkerung sozialstaatliche Regelungen erhalten wissen will.⁴

Die Führungskreise der SPD setzen darauf, dass sich die CDU weiter zerstreitet, um davon zu profitieren, ohne selbst politische Akzente zu setzen. Machterhalt an sich ist aber keine überzeugende politische Strategie. Auch in der Programmdebatte versucht die SPD bisher nicht, sich deutlicher zu profilieren. Die Debatte dümpelt vor sich hin. Bis Ende des Jahres soll ein neuer Programmentwurf vorliegen, ohne das es bisher in der Partei eine breitere Debatte gegeben hätte. Die Hauptauseinandersetzung über den politischen Kurs der SPD steht noch aus. Diese Auseinandersetzung wird sich nicht vorrangig in der Programmdebatte, sondern an konkreten politischen Projekten geführt werden. Gegenwärtig versucht die SPD-Spitze möglichst alles zu vermeiden, was sie bei breiten Bevölkerungsschichten im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit noch unglaublicher machen würde. So hat sie zunächst bei der Gesundheitsreform die Ein-Prozent-Einkommensgrenze bei der „kleinen Kopfpauschale“ verteidigt, Verschlechterungen beim Kündigungsschutz soll es nicht geben, es gibt vage Erklärungen zum Mindestlohn, bei der Unternehmenssteuerreform sollen die Staatskassen nicht über Gebühr belastet werden usw. In diesen Fragen kann sich die SPD in der aktuellen Politik zwar von der Union abgrenzen, eine grundlegend andere Politikkonzeption verfolgt sie aber nicht. Viele kleine politische Schritte der SPD zielen nur darauf ab, dass der politische Zug nicht allzu schnell in die falsche Richtung fährt. An der Richtung selbst ändert das nicht viel. Und in den wirklich großen wichtigen politischen Fragen, wie dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist trotz Ankündigungen bislang politisch äußerst wenig passiert.

Die Verunsicherung bei beiden großen Volksparteien über den weiteren Kurs ergibt sich letztlich auch daraus, dass die neoliberalen Mythen an Überzeugungskraft in der Bevölkerung verlieren, weil die vorhergesagten politischen Ergebnisse ausgeblieben sind. Diese Situation trägt dazu bei, dass sich in den nächsten Monaten und Jahren sowohl in der Union wie in der SPD die Debatte über den weiteren politischen Kurs verstärken wird. Zwar ist ein baldiges Scheitern der großen Koalition nicht zu erwarten, aber ein Ende vor Ablauf der Legislaturperiode nicht unwahrscheinlich. Das zwingt die Parteien ihre Anstrengungen über eine „Profilierung“ zu verstärken. Auf eine Weiterführung dieser Koalition wird niemand setzen. Deshalb werden relativ bald die Debatten über die Lagerbildungen wieder zunehmen. (Ein Vorgeplänkel dabei waren die Sommerloch-Spekulationen über „Jamaika“).

Die Debatten um die „Lagerbildungen“ werden noch aus einem anderen Grunde zunehmen. Vieles spricht dafür, dass die beiden großen Parteien dauerhaft (zumindest aber für einen längeren Zeitraum) nicht ihre alte Stärke wieder erlangen werden. Die „neue“ Linke hat die reale Chance, sich als Bundestagspartei mit bis zu zehn Prozent zu etablieren. Auch Grüne und FDP könnten am Ende der großen Koalition stärker als zuvor sein. Daraus folgt, dass „Zweier-Koalitionen“ immer unwahrscheinlicher werden. Zwar betonen alle Parteien immer wieder, dass es ihnen in erster Linie um Inhalte geht, aber letztlich steht die Koalitionsfrage nach den kommenden Bundestagswahlen in neuer Weise. Auch der Linken kann nicht egal sein, wer letztlich mit wem koalitiert. Ein striktes „Raushalten“ aus diesen Debatten und eine weitere Profilierung der Linken als reine Protestpartei gegen das „kapitalistische System“ oder „den Neoliberalismus“ und gegen die „Verräter der Sozialdemokratie“ wird hier wenig überzeugen.

⁴ 62 Prozent der Bevölkerung beklagen, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht, während 35 Prozent den angemessenen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen als gegeben ansehen. Vor allem in Ostdeutschland wird eine Gerechtigkeitslücke ausgemacht. Hier sind 78 Prozent der Meinung, dass es eher ungerecht zugeht, im Westen sind 58 Prozent dieser Meinung. Vgl. Infratest dimap, a. a. O, S. 17.

Schon jetzt profitiert die Linke nicht von der Schwäche der großen Koalition und deren geringen Rückhalt in der Bevölkerung, weil sie nicht als ein kleinerer Partner irgendeiner Koalition angesehen wird. Dies resultiert nicht nur aus der gegenseitigen Ablehnung von SPD und Linkspartei etwas miteinander zu tun haben zu wollen. Der SPD-Vorsitzende hat es sogar ausgeschlossen, dass zu seiner Amtszeit jemals es zu einem Zusammengehen mit der Linken kommen wird. Offenbar will die absolute Mehrheit der SPD und wollen die anderen Parteien mit der Linken nichts zu tun haben. Umgekehrt lehnt die Linke die anderen Parteien als mehr oder weniger neoliberal ab. Die Linke steht außerhalb einer potentiellen Kooperationsfähigkeit, eine Entscheidung für die Linke ist somit immer eine Entscheidung gegen alle anderen Parteien. Ihre Art Politik zu machen ist nicht verbunden mit einer Entscheidung für Verschiebungen im parteipolitischen System, sondern ein Votum für Protest und Abkehr.⁵

In anderen Ländern (z. B. in den skandinavischen Staaten) hat die Sozialdemokratie erweiterte Optionen, weil sie linke bzw. sozialistische oder kommunistische Parteien als potentielle Kooperationspartner hat. Das stärkt ihre Positionen gegenüber dem bürgerlichen Lager. In Deutschland ist das nicht so. Die SPD steht aber früher oder später vor der Frage, hier eine Lockerung in ihrer Position vorzunehmen. Gegenwärtig haben Bestrebungen, sich offener gegenüber der Linken zu zeigen, nur einen marginalen Einfluss.

Auf welche Schichten stützt sich die SPD?

Wichtig ist für die SPD die Frage, auf welche sozialen Schichten sie abzielt, wo sie in dieser Hinsicht ihre Akzente setzt. Das war im Bundestagswahlkampf 1998 die „neue Mitte“. Damals sollten vor allem die neuen Arbeitnehmerschichten bzw. die neuen Selbständigen in den modernen Berufen, die mit den neuen Produktivkräften verbunden sind, angesprochen werden. Nach einer gewissen Zeit erwies sich diese Strategie zu einseitig, weil die Interessen der „alten“ Arbeitnehmerschichten, der Arbeitslosen wie sozial Schwachen vernachlässigt wurden. Im Wahlkampf des vergangenen Jahres wurde dies teilweise korrigiert, ohne die Politik grundlegend zu korrigieren.

Der neuere Vorstoß des Parteivorsitzenden Kurt Beck darf nicht zu einer Rückkehr zur Politik der „neuen Mitte“ Gerhard Schröders gedeutet werden. Beck meint, die SPD müsse sich wieder stärker um diejenigen kümmern, die Werte schaffen. Diesen Teil der Bevölkerung habe die SPD zu wenig beachtet. Leistungsträger seien für ihn die „40 bis 50 Prozent in der Mitte der Gesellschaft“, erfolgreiche Facharbeiter, Angestellte, Selbstständige und Ingenieure. Er wolle den Mittelschichten wieder das Gefühl geben, dass man ihnen nicht ständig nur nehme, sondern auch etwas gebe.⁶ Später fügte Beck hinzu: Die SPD brauche ein Spektrum, das weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. „Zu den Leistungsträgern der Gesellschaft gehören für uns auch Lehrer, Krankenschwestern und Facharbeiter. Es geht mir ausdrücklich nicht darum, den Hilfsbedürftigen etwas wegzunehmen. Wir müssen wieder alle ansprechen, die für uns erreichbar sind.“⁷

Generalsekretär Hubertus Heil betonte, es gelte „den Begriff der Leistung sozialdemokratisch zu füllen“. Die Zielrichtung dieser Überlegungen geht weit über die damalige „neue“ Mitte

⁵ Vgl. Horst Kahrs, Bemerkungen zur politischen Lage im Frühherbst 2006, unveröffentlichtes Manuskript.

⁶ Vgl. Beifall für Beck. SPD-Rechte wie – Linke loben Mittelschicht-Initiative des Parteichefs, in: Der Tagesspiegel vom 01.09.2006.

⁷ „Wir können nicht nur in Harmonie alle Probleme lösen“, Interview mit Kurt Beck, in: Der Tagesspiegel vom 5.09.2006.

hinaus. Angesprochen werden sollen vor allem diejenigen, die befürchten, zuviel für die sozialen Sicherungssysteme abzugeben und so gegenüber Arbeitslosen und andern Transferempfängern benachteiligt zu sein. Hier wird ein diffuses Gefühl, das durchaus bei solchen Schichten verbreitet ist, bedient.

Auch Franz Müntefering meinte, das Land habe über Jahrzehnte in der Gewissheit gelebt, dass man sich nach vorne arbeiten kann, wenn man sich anstrengt. Dies gelte für das zweite Drittel der Gesellschaft heute nicht mehr so automatisch wie früher. Das obere Drittel brauche sich um Chancen und Perspektiven nach wie vor keine Sorgen zu machen, das untere Drittel der Gesellschaft hatte das Problem schon in der Vergangenheit. Die dazwischen aber hätten jetzt teilweise Angst, sie könnten wegsacken zum Beispiel in lange Arbeitslosigkeit. Die SPD müsse dafür sorgen, dass alle und besonders diejenigen, die etwas lernen, etwas leisten und etwas können, auch Chancen haben in der Gesellschaft.⁸ Ähnlich formulierte es der Parteivorsitzende Kurt Beck. Es gebe eine neue Unsicherheit. „Uns droht eine Dreidrittelgesellschaft, die oben etabliert und egoistisch, in der Mitte immer stärker verunsichert, unten schließlich abgehängt und mutlos ist. Die sozialdemokratische Antwort darauf muss es sein, die breite solidarische Mitte der Gesellschaft zu stärken. Wer etwas leistet, hat eine Chance. Wer in Not gerät, bekommt Hilfe.“⁹ Auch hier geht es in erster Linie um die „breite solidarische Mitte“.

Offenbar wurde von der SPD-Spitze selbst diese politische Richtung als zu einseitig empfunden. Beispiel dafür sind die Äußerungen von Kurt Beck und anderen um die sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten („Unterschichten-Debatte“). Offenbar will die Parteispitze das Thema „Unterschichten“ für sich reklamieren und nicht anderen das Feld überlassen. Allerdings wird das Problem zu eng nur als ein mangelndes Aufstiegsproblem gesehen.¹⁰ Zwar ist es richtig, dass die neue Armut nicht auf materielle Armut reduziert werden kann. „Es ist auch Armut an Bildung, an Kultur, an Chancen auf ein gesundes Leben.“¹¹ Offenbar soll das Thema materielle Armut selbst in den Hintergrund gedrängt werden. Mit dem nicht ganz neuen Begriff des „vorsorgenden Sozialstaats“, der mehr Lebenschancen eröffnen soll, scheint auch schon eine programmatische Antwort gefunden zu sein. Was das für die praktische Politik der SPD bedeutet, bleibt abzuwarten.

Die SPD hat sich habituell von „Unterschichten“ bereits seit längerem entfernt. Franz Walter verweist darauf, dass bei den Bundestagswahlen 2005 die SPD ihre besten Ergebnisse in den „mittleren Lagen“ hatte. Nicht dort, wo die Arbeitslosigkeit niedrig oder hoch war, sondern „mittel“. Nicht dort, wo die Kaufkraft niedrig oder hoch war, sondern „mittel“. „Sozialdemokraten sind die Menschen, die mittelgut verdienen, in Mehrfamilienhäusern wohnen, Reallohnabschluss haben oder zweiten Bildungsweg, die in einem Drei-Sterne-Hotel übernachten, nicht im Fünf-Sterne, aber auch nicht auf dem Campingplatz.“¹² Dies sei für die Anhängerschaft recht deutlich. Die jungen Abgeordneten hätten fast alle Abitur und lebensweltlich gar nichts mehr mit denen zu tun, von denen sie dann häufig reden. Dadurch

⁸ „Die Kanzlerin hat gute Dinge getan“, Vizekanzler Franz Müntefering über das Kräfteverhältnis in der Koalition, den Nahost-Einsatz und Ballkleider, in: Der Tagesspiegel vom 27.08.2006.

⁹ Kraft der Erneuerung – die Programmdebatte der SPD, in: <http://programmdebatte.spd.de/servlet/PB/menu/-1/index.html>.

¹⁰ Der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil meinte dazu: „Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft keine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg haben, sind Opfer der Verhältnisse, in die sie hineingeboren werden. Erst die mangelnde Aufstiegsperspektive führt in die Resignation.“ Interview mit Hubertus Heil, in: Der Tagesspiegel vom 15.10.2006.

¹¹ Ebenda.

¹² Die Zeit der Volkspartei „SPD“ ist vorbei! Interview mit Franz Walter, in: spw, Heft 145, 5/2005, S.23.

habe sich auch die Politik von denen weitgehend entkoppelt, die man eigentlich mal vertreten sollte.

Hier stellt sich weiteres Problem: Lässt sich der größte Teil der Unterschichten, der „Überflüssigen“, überhaupt noch von demokratischen Parteien dauerhaft binden? Sie sind von der Politik überhaupt frustriert und haben sich dauerhaft von ihr abgewendet. Franz Walter meint, dass diejenigen, die sich schon seit Jahrzehnten nicht mehr beteiligen, kaum noch von jemand mit rationalen Mitteln zu erreichen seien. „Das kann vielleicht geradezu rhapsodisch-eruptiv irgendein demagogischer Populist schaffen, aber nicht mehr Organisationsparteien, die ein Mindestmaß an Rationalität haben.“¹³

Anders sieht das Michael Vester. Er meint, dass von dem in einer großen Koalition zusammengebundene Kern eines neuen historischen Kompromisses auch die Minderheitengruppen eingebunden werden könnten, die derzeit durch die kleinen Parteien und die Nichtwähler repräsentiert werden. Die Modernisierungsverlierer (27 %), die ein protektionistisches Modell gut heißen, könnten durch eine Politik sozialer Mindestgarantien ins Boot geholt und dem Rechtspopulismus abspenstig gemacht werden.¹⁴

Nach dem bisherigen Agieren der Großen Koalition ist eine solche Entwicklung eher nicht zu erwarten. Ob sich dieser Teil von der Linken längerfristig einbinden lässt, bleibt auch fraglich. Generell gibt es sowohl Konkurrenz als auch eine Ergänzung von Wählergruppen zwischen SPD und der Linken. Beide Parteien werden in Zukunft vor allem um die (vor allem westdeutschen) Gewerkschaftsmilieus und politisch „links“ sozialisierte Schichten konkurrieren, im Osten ist die Konkurrenzsituation umfassender. Hier gibt es aber eine relativ fest gefügte Stammwählerschaft der Linkspartei. Bei der Mehrheit der sozial Schwachen, der Arbeitslosen, der prekär Beschäftigten und sozial Benachteiligten könnte die Entwicklung in Richtung Linke – also einer „Ergänzung“ der Wählermilieus gehen. Beide Parteien haben offenbar kaum einen Zugang zu den materiell gut saturierten modernen und jungen Mittelschichten, die vor allem von den Grünen angesprochen werden.

Es ist durchaus möglich, dass auch in Deutschland – wie in anderen europäischen Ländern auch - die Volksparteien nicht mehr weit über 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler erreichen können. Die Ursache dafür muss nicht unbedingt in einer „Erosion sozialer Milieus“ liegen, sondern in einem Wandel der Milieus, wie das Michael Vester einschätzt. Die vertikalen Klassengegensätze haben sich nicht aufgelöst. Sie haben sich horizontal differenziert. Damals brachte die Differenzierung des linken Parteienlagers die Grünen hervor.¹⁵ Gegenwärtig kommt die Linke dazu, obwohl die PDS dies auf den Osten bezogen schon war. Will die SPD den Anspruch ihres Vorsitzenden einlösen und „linke Volkspartei“ sein, müsste sie eigentlich genau diese vertikalen Klassengegensätze stärker thematisieren. Dies tut sie gegenwärtig nicht. Und die SPD hat sich noch nicht zu einer systematischen Bilanz der Schröder-Ära durchgerungen. „Diese Hinterlassenschaft zu überwinden und die Sinnhaftigkeit politischer Entwürfe wieder an ihren Aussichten auf Mehrheitsfähigkeit zu messen, wird eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige sozialdemokratische Revitalisierung in den kommenden Jahren sein.“¹⁶ Auch dies ist bislang nicht absehbar. Im Zusammenhang mit der „Unterschichten“ – Debatte ist von der SPD-Linken deutlich Kritik an der Hartz-IV – Politik geübt worden. Inwiefern dies ein Zeichen für eine mögliche Abkehr der SPD von der Agenda-Politik ihres Ex-Kanzlers Schröder ist, bleibt offen.

¹³ Ebenda, S.22.

¹⁴ Michael Vester, Das Fiasko der ‚neuen Mitte‘. Die Bundestagswahl 2005 und die Orientierungen der gesellschaftlichen Milieus, in: spw, 5/2005, S.19.

¹⁵ Ebenda, S. 17.

¹⁶ Gerd Mielke, SPD: Politik der Standortsanierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2005, S.1426.

Aktuelle Positionen in der „Linken“ zur Sozialdemokratie

Die heutigen Positionen im Umfeld der Linken zur SPD bewegen sich vor allem im Spannungsfeld der Begriffe „neoliberal gewendet“, „nicht ganz neoliberal“ oder eine „bestimmte Variante des Neoliberalismus“. Der Neoliberalismus wird zum Kernbegriff, um den sich die Bewertung der Sozialdemokratie dreht. Dabei ist nicht immer klar, was jeweils unter „Neoliberalismus“ verstanden wird.

Die zentrale Aussage von Joachim Bischoff lautet: „Die Sozialdemokratie übernimmt nicht einfach eine neoliberale Gesellschaftskonzeption. Die soziale Parteizusammensetzung treibt sie in Richtung neue aufsteigende Dienstleistungsschichten, während der gesellschaftliche Strukturwandel zu einer erheblichen Ausweitung der unteren sozialen Schichten und einer Ausbreitung der Prekarität führt. Mit der eingeeengten politischen Repräsentanz gerät die sozialdemokratische Führung in einen wachsenden Gegensatz zu den unteren sozialen Schichten.“¹⁷ Dieser Einschätzung kann man nur zustimmen. Auch in Bezug auf die innere Differenziertheit der Sozialdemokratie stellt er fest, dass es theoretisch falsch und politisch gefährlich wäre, die Sozialdemokratie komplett als neoliberale Formation abzuschreiben. Unter dem Druck der Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche und der politischen Angebote einer modernen Linkspartei neben der Sozialdemokratie könnte eine größere Offenheit in der programmatischen Debatte und in der Konsequenz auch andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse entstehen.¹⁸

Michael Brie sieht fundamentale Differenzen zwischen einer aggressiv neoliberal-imperialen und einer sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus. Diese bezögen sich auf die „Hauptdimensionen von Politik“. Beide basierten zugleich auf den Eigentums- und Machtverhältnisse des Finanzmarktkapitalismus und wollen diese auf Dauer stellen.¹⁹ Er bezeichnet die zweite Variante auch als demokratische, sozial abfedernde und multilaterale Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus. Die Hauptunterschiede würden zwischen den drei zentralen Handlungsdimensionen liegen: demokratisch versus autoritär, soziales Abfedern versus wirtschaftsliberal und multilateral versus imperial. Und zu Recht weist er auf Mischformen zwischen beiden Varianten hin. Wichtig und richtig ist auch der Hinweis, dass es bei den Unterschieden zwischen beiden Varianten nicht nur um Differenzen beim Tempo geht, sondern auch um Charakter und Folgen einer entsprechenden Politik. Zu unterstützen ist auch die Position, dass die Linke bereit sein muss zur „kritischen Unterstützung einer sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus, insoweit dies sich in Auseinandersetzung mit einem imperialen autoritären Neoliberalismus befindet“²⁰. Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Varianten des Finanzmarkt-Kapitalismus ist wichtig.²¹ Kann man aber bei der in Europa durchaus differenzierten Politik der Sozialdemokratie (Skandinavien z.B.) lediglich von einer „Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus“ durch die Sozialdemokratie sprechen? Es kann sich doch auch um eine sozialere und demokratischere Gestaltung der Gesellschaft handeln, die auf bestimmten Politikfeldern den Finanzmarkt-Kapitalismus unterhöhlt oder gar entgegensteht.

¹⁷ Joachim Bischoff, Zwischen „neuer Mitte“ und sozialem Abstieg, in: Sozialismus, 4/2005, S.15/16.

¹⁸ Vgl. Ebenda, S.19.

¹⁹ Vgl. Michael Brie, Die Linke – was kann sie wollen?. Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, S.32.

²⁰ Vgl. ebenda, S.52.

²¹ Diese These knüpft an die in der DDR-Gesellschaftswissenschaft vertretene Auffassung von „verschiedenen Varianten des Kapitalismus“ an und überträgt sie auf den „Finanzmarkt-Kapitalismus“, d.h. wiederum auf eine bestimmte Ausprägung des Kapitalismus.

Sicher sind auch die Bedingungen, unter denen die sozialdemokratische Politik im fordistischen Kapitalismus im Vergleich zum Finanzmarkt-Kapitalismus agierte, sehr verschieden. Aber jetzt „stärkste systemimmanente Grenzen“ auszumachen, auf die eine sozialdemokratische Strategie stößt, ist weit überzogen.²² Hier wird „Neoliberalismus“ gleichermaßen wie „Kapitalismus“ zum „System“ erklärt, der weit über eine bestimmte ökonomische und politische Strategie hinausgeht.

Christian Schröppel stimmt zwar Michael Brie in vielem zu, sieht aber in der sozialdemokratischen Strategie viel deutlicher eine Systemstabilisierung und eine ideologische Ausrichtung der Menschen auf den Marktprozess. Neben der „Systemstabilisierung“ ist auch die Einschätzung, die SPD wolle die Menschen auf den Marktprozess ausrichten, so nicht stimmig. Das tut die FDP. Die SPD grenzt sich von den Positionen eines „schwachen Staates“ ab und will einen handlungsfähigen Staat, der auch in die Wirtschaftsprozesse eingreifen kann und soll. Außerdem hat sich die Ausschaltung der Marktprozesse historisch schon einmal als verheerend – wie am Beispiel des Realsozialismus sichtbar - erwiesen. Unter diesen Gesichtspunkt wäre zu fragen, ob man der Sozialdemokratie vorwerfen sollte, dass sie die Kapitalverwertung langfristig aufrechterhalten wolle.²³ Auch ist der angebliche Wechsel von der „traditionellen“ zur „neoliberalen“ Sozialdemokratie, wie in diesem Artikel eingeschätzt wird, nicht nachzuvollziehen. Früher hätte die SPD die Ursache für Armut und Bedürftigkeit eher im Versagen von Wirtschaft und Gesellschaft gesehen; heute hingegen würde sie diese im Versagen des Einzelnen sehen.²⁴ Dies festzumachen an der sozialdemokratischen Position, die eine Mitwirkung der Empfänger von (staatlichen) Hilfen bei der Überwindung von Notlagen erwartet, ist überzogen. Die sozialdemokratische Leitidee für soziale Reformen (aktivierender Sozialstaat, der auf einer Balance von Rechten und Pflichten, auf Fördern und Fordern setzt), ist nicht das primäre Problem, sondern die Umsetzung in Deutschland, die diesem Prinzip Hohn spricht. Die Begrifflichkeit von der „neoliberal gewendeten Sozialdemokratie“ ist in zwei Richtungen hin nicht stimmig: Erstens ist die Gleichsetzung von sozialdemokratischer Politik mit Neoliberalismus zu weitgehend. Zweitens wird durch eine solche Formel suggeriert, als ob in der Vergangenheit die SPD eine nahezu widerspruchsfreie Sozialstaatspolitik betrieben hätte.

Andreas Hallbauer fragt, ob eine Linkswende der Sozialdemokratie möglich sei. Er sieht hinter der Einschätzung, dass die Sozialdemokratie nicht wandelbar sei, auch noch die Position von der unaufhaltsamen Rechtsentwicklung der SPD seit dem Revisionismusstreit. Zu Recht hält Hallbauer beide Positionen für falsch. Er weist das an Hand des „Prager Manifests“ der Exil-SPD, den verschiedenen Reformen der Brandt-SPD im Gefolge von 1968 und anderen Beispielen nach.²⁵ Erinnert man sich an die diversen Einschätzungen der Sozialdemokratie aus kommunistischer Sicht vor und nach der Wende, diesseits und jenseits der damaligen Grenze, dann war überwiegend davon die Rede, dass sich die SPD weiter nach rechts entwickelt. Demnach müsste sie schon die tatsächlich Rechten rechts weit überholt haben.

Aber auch in den diversen Papieren im Rahmen der Programmdebatte der Linken treffen wir auf unterschiedliche Einschätzungen der Sozialdemokratie. Im zweiten Entwurf der

²² Vgl. ebenda, S.39.

²³ Christian Schröppel schreibt, die Bemühungen der Sozialdemokratie verfolge nicht nur das Ziel der politischen Stabilisierung, sondern soll zudem dazu beitragen, die Reproduktion der gesellschaftlichen Beziehungen und damit der Kapitalverwertung langfristig aufrechtzuerhalten. Vgl. Sozialismus 7-8/2006, S.13.

²⁴ Vgl. ebenda, S.14.

²⁵ Andreas Hallbauer, Partei neuen Typs? Anmerkungen zu den Fragen einer neuen Linkspartei, in: Sozialismus, 7-8/ 2006, S.

programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei wird im Unterschied zum ersten Entwurf nicht mehr auf die Sozialdemokratie direkt eingegangen. Generell spielt das Parteiensystem keine Rolle. Eine strategische Zusammenarbeit zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse „gegen den Neoliberalismus“ für die politische Linke sind hier „starke Kräfte der Gewerkschaften“, „globalisierungskritische und andere soziale Bewegungen, Initiativen, progressive Wissenschaft und Kultur“. Die Linke soll zu einem „sozialen Bündnis“ gegen den Neoliberalismus beitragen. Unter dem Stichwort „außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit“ geht es darum, die Bürgerinnen und Bürger gegen die Projekte des Neoliberalismus zu mobilisieren. Die parlamentarische Arbeit soll so gestaltet werden, dass „sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der Linken, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem Einbringen alternativer Gesetze, der Transparenz politischer Prozesse, der Untersuchung des Missbrauchs politischer Macht, der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politischer Mehrheiten dient“²⁶. Diese Formulierung erinnert stark an Auffassungen vom Parlament als Tribüne des Klassenkampfes. Zumindest handelt es sich hier um eine stark eingeeengte Sicht auf die Rolle von Parlamenten in der eigenen politischen Strategie. Mögliche parlamentarische Bündnisse mit anderen Parteien sind offenbar nicht vorgesehen. Für Parteien unter fünf Prozent spielt das ohnehin keine Rolle, aber bei einem Wählervotum zwischen 10 und 25 Prozent in den Ost-Bundesländern, wie sie die bisherige PDS erzielte, ist eine solche Strategie realitätsfremd.

Im Aufruf zur Gründung einer neuen Linken wird die SPD als „neoliberal gewendet“ bezeichnet. Zu dieser Begrifflichkeit sind wir bereits oben eingegangen. „Sie, die einst für Frieden und soziale Gerechtigkeit stand, befürwortet ebenso wie CDU/CSU, FDP und Grüne völkerrechtswidrige Kriege, eine niedrige Staatsquote und ständige Einschnitte ins soziale Netz.“ Hier werden gleich mehrere starke Vereinfachungen vorgenommen. „Einst“ (wann?) war die SPD nur gut und jetzt ist sie schlecht. Ob die deutsche Sozialdemokratie an der Schwelle zum Ersten Weltkrieg für Frieden stand, ist nicht nachzuvollziehen. Und ob sie in ihrer Geschichte bis vor kurzem nur für soziale Gerechtigkeit stand, bleibt zweifelhaft. Im Unterschied zu anderen Auffassungen wird hier die These vertreten, dass sich sozialistische und sozialdemokratische Parteien erst am Ende des 20. Jahrhunderts den multinationalen Konzernen und den Imperativen der internationalen Finanzmärkte unterworfen hätten. An anderer Stelle des Papiers wird das skandinavische bzw. das schwedische Modell beschworen. Aber auch dort hat man sich nicht gegen die multinationalen Konzerne und die Imperativen der internationalen Finanzmärkte gewandt, sondern großen Wert auf die eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit unter den heutigen Bedingungen gelegt.

Die „sozialistische Linke“, die sich vor allem den Gewerkschaften verpflichtet fühlt, spricht ebenfalls von einer „neoliberal gewendeten SPD“. Sie fordert aber die neue Linke auf, die fortschrittlichen Traditionen der Sozialdemokratie aufzunehmen und über diese hinauszugehen. Welche Traditionen hier gemeint sind bzw. ob die Politik der Sozialdemokratie in der fordistischen Phase als Kriterium für „Fortschrittlichkeit“ betrachtet wird, ist nicht ausgeführt. Die Autorinnen und Autoren wenden sich klar gegen die „New-Labour-Modelle“ der sozialdemokratischen Parteien. Diese hätten sich der neoliberalen Offensive gebeugt und unter diesen Bedingungen lediglich „sozialstaatliche Restbestände“ gewahrt. Auf Deutschland bezogen scheint es aber weit überhöht, nur noch von „sozialstaatlichen Restbeständen“ zu sprechen. Wenn das so wäre, dann droht auch von einer möglichen schwarz-gelben Regierung auch nicht mehr viel Gefahr.

²⁶ Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland (2. Entwurf) Manuskript, S. 12.

Für die „antikapitalistische Linke“ gibt es keinen Unterschied zwischen Union, FDP, Grünen und SPD. Es gibt nur die herrschende Politik, den Neoliberalismus. „Regierungsfähigkeit“ wird direkt abgelehnt, auch auf Bundesebene mit der SPD. Es geht nur um Mobilisierungsfähigkeit und in diesem Zusammenhang um eine antikapitalistische Perspektive. Die Linke wird auf eine Kraft reduziert, die den Protest organisiert. Da es sich um eine Partei handelt, die in einem Parteiensystem agieren muss, wird einfach ausgeblendet. Stattdessen stellen die Autorinnen und Autoren des Papiers fest, dass es ein „neoliberales Parteienkartell“ gebe, dem die PDS in Regierungsverantwortung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern immer ähnlicher werde.

Im Papier Abschied und Wiederkehr gibt es keine direkte Positionierung gegenüber der Sozialdemokratie. Es wird aber darauf verwiesen, dass sich die PDS 1989 dazu entschieden habe, im parlamentarischen System als politische Partei zu wirken. Im Zusammenhang mit dem strategischen Dreieck wird der Blick auch auf die reale Politik gerichtet. Hier bringe die PDS aus dem Osten die Erfahrungen als Volkspartei ein. Das sind die Prämissen, die wohl auch beim Herangehen an die Sozialdemokratie gelten sollen.

Die verschiedenen Positionsbestimmungen zeigen deutlich, dass es ein unterschiedliches Herangehen an die Sozialdemokratie allgemein und an die SPD speziell gibt. Maßstab ist gegenwärtig überwiegend der „Neoliberalismus“. Hier reichen die Positionen von einer differenzierten Sicht (keine Gleichsetzung von Sozialdemokratie und neoliberaler Politik) und unterschiedlichen Ausprägungen des Neoliberalismus bis hin zu einer dogmatischen Gleichsetzung eines Parteienkartells mit dem Neoliberalismus.

Es gibt drei unterschiedliche linke Erklärungsmuster:

1. Früher war die Sozialdemokratie genau das Richtige. Sie war die Sozialstaats- und Friedenspartei. Sie hat die richtige Politik für die Menschen gemacht. Erst seit kurzem hat sie sich neoliberal gewendet und ist so geworden wie die anderen Parteien. Deshalb ist jetzt Abgrenzung und Entlarvung das Gebot der Stunde.
2. Die Sozialdemokratie war noch nie konsequent für soziale Gerechtigkeit und den Frieden. Im Verlaufe der Geschichte hat sie sich immer mehr nach rechts bewegt. Vor allem aber ist sie systemstabilisierend. Sie will den Kapitalismus /Neoliberalismus erhalten. Deshalb ist sie abzulehnen. Es gibt keine tragfähigen Gemeinsamkeiten.
3. Die Sozialdemokratie darf man nicht mit dem bürgerlichen Lager gleichsetzen. Sie ist auch nicht komplett neoliberal. Unter veränderten Kräfteverhältnissen kann sie sich durchaus ändern und Potenzen für Frieden und soziale Gerechtigkeit freisetzen. Insgesamt aber wird ihre Politik der Gestaltung des Neoliberalismus nicht zum Erfolg führen.

Wir tendieren zur dritten Variante. Bei der Linken geht es überwiegend um die „Systemüberwindung“ oder nicht, Umgestaltung - nicht Gestaltung usw. Dass Politik vorwiegend aus Aushandlungsprozessen, Kompromissen unter bestimmten Konstellationen besteht, bleibt in der linken Debatte unterbelichtet.

Wichtig für die Positionierung gegenüber der Sozialdemokratie sind m. E. neben den allgemeinen Beurteilungen die Positionen, die die Linke auf den verschiedenen Politikfeldern selbst einnimmt und welchen Politikansatz sie verfolgt. Hier wiederum scheinen sich zwei Herangehensweisen gegenüber der SPD anzudeuten: Die eine Richtung besteht darin, die Sozialdemokratie zu „entlarven“, dass sie z. B. bei der Mindestlohnforderung, Bürgerversicherung, bei den Arbeitnehmerrechten und anderen Positionsverschiebungen sie es eigentlich nicht ernst meint. So soll eine klare Abgrenzung zur Sozialdemokratie erreicht

werden. Die andere Richtung hingegen sieht sich durch das Agieren der Linken und sozialen Bewegungen darin bestätigt, dass es zu Veränderungen in sozialdemokratischen Positionen kommen kann. Sie plädiert dafür, auch auf konkreten Politikfeldern Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

Welche möglichen Gemeinsamkeiten zwischen der Linken und der SPD sind denkbar?

Es ist völlig klar, dass die Abgrenzungen zur SPD gegenwärtig und in naher Zukunft überwiegen werden. Vor allem diejenigen, die auf einen weiteren starken Erosionsprozess in der SPD hin zur Linken setzen, sind bestrebt, einen deutlichen Abgrenzungskurs zu fahren und deshalb auch gemeinsame Regierungsbildungen auf Länderebene zu vermeiden. Auf Bundesebene steht die Frage gegenwärtig ohnehin nicht.

Trotz dieser Lage ist es sinnvoll, die bisher immer abstrakt beschworene Möglichkeit irgendwann einmal auch mit der SPD zusammenzuarbeiten, auszuloten. Eine mögliche Basis wäre ein **Entwicklungspfad, der sich in wesentlichen Punkten am „skandinavische Modell“** orientieren könnte. Sowohl in der Linken wie der SPD gibt es Stimmen, die auf die Erfolge dieses Modells verweisen. Selbstverständlich gibt es in den skandinavischen Ländern regionale, nationale und historische Besonderheiten, die nicht einfach übertragbar sind. Das Beispiel Schweden z.B. zeigt, dass der Weg aus hoher Staatsverschuldung bzw. hohen Haushaltsdefiziten und hoher Arbeitslosigkeit nicht zwingend mit einem massiven Rückbau des Sozialstaates einhergehen muss.²⁷ Die dortige Reformpolitik in den 90er Jahren war so angelegt, dass die Rolle des Staates in der Sozialpolitik und in der Beschäftigungspolitik nicht zurückgedrängt, sondern eher sogar noch gestärkt wurde. Durch die Verknüpfung alter und neuer Ziele sah sich die SAP nicht gezwungen, einen radikalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit zu vollziehen. Die Regierung konnte den Haushalt konsolidieren, die Arbeitslosigkeit senken und die wohlfahrtsstaatlichen Kernprogramme sichern. Die Einkommensungleichheiten stiegen zwar leicht an, sind im internationalen Vergleich aber eher gering. Die Armutsquote wurde im Verlaufe der 90er Jahre noch weiter gesenkt.²⁸ Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, wurde schon in den 90er Jahren in Schweden wesentliche Anpassungsprozesse in der Wirtschafts- Steuer und Sozialpolitik vorgenommen, die weder mit den gegenwärtigen Vorstellungen der SPD noch der Linken übereinstimmen. (So gab es z.B. einen Mix aus Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen, um das Ziel der Haushaltskonsolidierung zu erreichen; das Rentensystem wurde umgestellt, die Mehrwertsteuer beträgt gegenwärtig 25 Prozent; abgelehnt wurde ein Niedriglohnsektor und eine zu starke Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Qualifizierungsprogramme haben einen hohen Stellenwert; es existiert ein stark ausgebauter öffentlicher Dienst; es gibt aber auch Maßnahmen zur Lohnsubventionierung; Eigenbeteiligungen in der Sozialpolitik wurden eingeführt, später auch nicht wieder abgeschafft). In den 90er Jahren setzte die SAP Steuererhöhungen mit der Linkspartei und eine Kürzungspolitik (vor allem im Sozialbereich) mit einer bürgerlichen Kraft durch.

Kernelemente einer solchen („skandinavischen“) Richtung liegen im starken Ausbau des Bildungsbereiches – weitgehend ohne die hier bekannten Bildungsbarrieren, in einer hohen Staatsquote, in der ausgebauten Arbeitsmarktpolitik, im Umbau des Rentensystems²⁹, in der

²⁷ Vgl. Wolfgang Merkel, Christoph Egle, Christian Henkes, Tobias Ostheim, Alexander Petring, Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden 2006.

²⁸ Vgl. ebenda, S.313/314.

²⁹ Hier gibt es eine Alterzone zwischen 61 und 70 Jahren beim Eintritt ins Rentenalter. Ab 1999 gibt es eine einheitliche Garantierente (Finanzierung durch Steuern). Die Berechnung erfolgt bedürftigkeitsgeprüft und

Erhaltung eines hohen Niveaus wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, in relativ hohen Steuern (einschließlich einer hohen Vermögenssteuer), im Ausbau und der Stabilisierung von Dienstleistungen.

Selbst Vertreter einer Richtung, die eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei ablehnen, identifizieren „linke“ Politik unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts mit drei Projekten:

1. Die Weiterentwicklung der BRD zu einem Wohlfahrtsstaatsmodell nach skandinavischen Vorbild.
2. Eine am Grundsatz der Chancengleichheit orientierte Bildungspolitik
3. Das vom Teilhabeprinzip geleitete Modell einer Bürgergesellschaft.³⁰

Allerdings werden in der SPD bei einer Befürwortung des skandinavischen Modells auch andere Schwerpunkte als bei der Linken gesetzt. So betont Thomas Meyer (Grundwertekommission) nach dänischem und schwedischem Vorbild eine „duale Einkommenssteuerreform, die die mobilen Produktionsfaktoren (Kapital) geringer und die immobilen (Einkommen jeder Art, Grund und Boden, Immobilien, Erbschaften)“ stärker besteuert. Das biete die doppelte Gewähr, dass „das Geld für soziale Sicherung reicht, aber die Steuerpolitik nicht zur Ursache für Abwanderung von Investitionskapital führt und somit durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen zugleich mehreren Zielen des Sozialstaats entgegenwirkt, nämlich der Beschäftigung und dem Erhalt der Steuergrundlagen“.³¹

Cornelia Heinze resümiert, dass mit dem Blick auf die traditionell in Deutschland hohe Staatsquote ein Pfadwechsel in Richtung des skandinavischen Wohlfahrtsstaatsmodells möglich gewesen wäre, aber nicht stattgefunden hat.³² Sicher ist diese Einschätzung stimmig. Dennoch ist für die Zukunft – bei veränderten Kräfteverhältnissen - und abnehmender Dominanz des Neoliberalismus ein solcher Pfadwechsel realistisch, zumal dieser nicht nur Politikelemente der Linken in Deutschland enthält. Ein neuer Dogmatismus auf einigen Politikfeldern, der einer Abschottungspolitik dient, wäre da wenig hilfreich.³³ Andererseits ist klar, dass die ähnliche politische Strategie von CDU und SPD nicht nur durch die große Koalition bedingt ist. Cornelia Heinze macht den politischen Streit zwischen beiden nur in Einzelfragen aus.³⁴ Aber es handelt sich nicht um Nebensächlichkeiten: Das Herangehen an die Bildungspolitik, keine Studiengebühren für das Erststudium, Erhalt der Arbeitnehmerrechte, ein anderer Umbau der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens, mehr öffentliche Güter, Erhalt der hohen Staatsquote, Mindestlohn u. a. sind keine Nebensächlichkeiten.

innerhalb der allgemeinen Rente. Diese wird durch paritätische Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert (18,5 %). Die Rentenanpassung erfolgt durch eine Mischung aus Lohnentwicklung, Inflation und Demografie. 2,5 % der Arbeitnehmerbeiträge werden von den Arbeitnehmern in Fonds umgelegt.

³⁰ Vgl. Steffen Schoon, Populismus mit prekärer Perspektive, in: Berliner Republik, 2/2006, S.30. Auch Stefan Grönebaum schreibt, dass es auf der Linie der Jungen in der SPD liege, hin zum Skandinavischen Modell mit mehr Geld für Bildung, Schluss mit der restriktiven Lohnpolitik, flexibleren Arbeitsmarkt plus aktiver Arbeitspolitik sowie steuerfinanzierten Sozialsystemen zu kommen. Vgl. Stefan Grönebaum, Pfadwechsel zum nordischen Modell, in: Berliner Republik, 3/2006, S.87.

³¹ Vgl. Thomas Meyer, Große Visionen in dürrer Zeit? Eine konkrete Utopie ist möglich, in: Programmdebatte. 100 kluge Köpfe, S. 89, www.spd.de.

³² Vgl. Cornelia Heinze, Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil, Deutschlands Reformirrweg im Lichte des skandinavischen Modells, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005, S. 152. Interessant ist hier auch die Auseinandersetzung mit Albrecht Müller und Bofinger einerseits und Engler andererseits, S.151/152.

³³ Gemeint ist hier beispielsweise eine dogmatische Orientierung auf „Vergesellschaftungen der Schlüsselindustrien“, gepaart mit einer Ablehnung jeglicher Privatisierungen als Identitätsmerkmal der Linken. Hinzu kommt eine generelle Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr.

³⁴ Vgl. Cornelia Heinze, Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil... a. a. O., S.7.

Wir vertreten hier die These, dass man sich beim Herangehen an die Sozialdemokratie durch eine vermeintlich „prinzipienfeste“ Betrachtung: hier Anti-Neoliberalismus dort Neoliberalismus sich nicht den Blick für eine differenzierte Betrachtungsweise über mögliche Unterschiede und Gegensätze zwischen Union und SPD – wie auch zwischen FDP und Grünen verstellen lassen darf. Auch auf der Ebene kultureller Identitäten³⁵ gibt es zwischen den großen Volksparteien Gegensätze und umgekehrt auch Gemeinsamkeiten zwischen der Linken und der SPD. Schließlich können auch Unterschiede in den die Parteien (SPD, Linke, Grüne) tragenden sozialen Schichten und Milieus und deren unterschiedliche Interessenlagen zusammengebunden werden. Ohne Sozialdemokratie wird es auf Bundesebene keinen Politikwechsel geben. Wohin sich die SPD entwickelt, hängt von vielen Faktoren ab. Innere Kräfteverhältnisse werden dabei stark von äußeren Faktoren beeinflusst. Hier ist vor allem ein Wandel der Gesellschaft selbst besonders wichtig. Hier handelt es sich um Veränderungen in den sozialen und kulturellen Milieus, die mit der Entwicklung der Produktivkräfte längerfristig zusammenhängen. Kurzfristig geht es aber in erster Linie darum, ob die neoliberalen Erklärungsmuster weiter erodieren und sich politische Kräfteverhältnisse verändern. Dabei ist es wichtig, wieweit die Anziehungskraft und die Stärke der Linken auch zu einer Verschiebung im Parteienwettbewerb beitragen können.

³⁵ Siehe die Ausarbeitungen von Bernd Hüttner. Dazu wurde auf einer Sitzung der ZUK im ersten Halbjahr diskutiert.